

TAZ, Samstag/Sonntag, 10./11.10.1998

Ausländerorganisationen haben die künftige Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder am Freitag in Bonn aufgefordert, ein **Antidiskriminierungsgesetz** zu verabschieden sowie die **doppelte Staatsbürgerschaft** einzuführen. Die rund 7,5 Millionen Ausländer in Deutschland erhofften sich von der rot-grünen Regierung mehr Beachtung als unter Kohl. Ein entsprechender Brief der Organisation „Türkische Gemeinde in Deutschland“ ging gestern an SPD und Grüne. Cem Özdemir (Grüne) versicherte gestern vorausseilend, alle bestehenden Gesetze auf diskriminierende Passagen zu durchforsten. Es sei für ihn unbegreiflich, daß beispielsweise ein Türke in Deutschland nicht Schornsteinfeger werden könnte. AP